

Entwicklung der Republikflucht im Jahre 1958

20. März 1959

Information Nr. 145/59 – Bericht über die Entwicklung der Republikflucht im Jahre 1958

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 186, Bl. 1–21 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Wolf, Walter, Krusch, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«), Ablage.

Vermerk

Im Dokumentenkopf, quer neben dem Verteiler (handschriftlich): » Gen. Irmeler zurück« und »Walter, Wolf, (...[unleserlich])«

Bemerkungen

Im Verteiler wurde neben dem Ablageexemplar »(hat Gen. Beater)« notiert.

Verweis

Bericht Nr. 134/5 v. 22.10.1958.

I. Allgemeine Einschätzung

Die Republikflucht aus der DDR nach Westberlin und Westdeutschland zeigte in den vergangenen Jahren zahlenmäßig eine wechselhafte Entwicklung, wobei die jährlichen Republikfluchten – mit Ausnahme des Jahres 1954 – zwischen 270 000 und 316 000 lagen.

Seit 1954, wo 173 279 Personen republikflüchtig wurden, ist im Jahre 1958 erstmalig wieder ein erheblicher Rückgang der Republikflucht eingetreten.

Nach statistischen Angaben der HVDVP sind 1958 insgesamt 193 714 Bürger der DDR republikflüchtig geworden.

Wie aus den nachfolgenden Vergleichszahlen ersichtlich ist, beträgt damit der Rückgang der Republikfluchten gegenüber 1956 122 314 Personen (-38,7 %) und gegenüber 1957 111 240 Personen (-36,5 %).

Vergleichszahlen der Vorjahre:

[Jahr]	HVDVP (Hauptabteilung PM)	Westzahlen (Ministerium für »Vertriebene, Flüchtlinge«) ¹
1953	270 440	331 390
1954	173 279	184 198
1955	270 115	252 870
1956	316 028	279 189
1957	304 954	261 622

1958	193 714	204 092 (»Die Welt«)
1953/58	1 528 530	1 513 361

Nach den statistischen Angaben der HVDVP, die insgesamt gesehen im Wesentlichen mit den Westzahlen übereinstimmen, sind im Zeitraum von 1953 bis 1958 insgesamt 1 528 530 Bürger der DDR republikflüchtig geworden.

Das sind im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl ca. 8,6 %, oder anschaulich gesehen, dass etwa jeder 11. Bürger die DDR illegal nach Westberlin oder Westdeutschland verlassen hat.

Die rückläufige Entwicklung der Republikflucht im Jahre 1958 zeigt sich auch in den monatlichen Durchschnittszahlen. Während 1956 monatlich im Durchschnitt noch 26 335 Bürger die DDR verließen, waren es 1957 im Monatsdurchschnitt 25 412 Personen und 1958 für den gleichen Zeitraum 16 142 Republikflüchtige.

Bemerkenswert ist dabei besonders, dass erstmalig nach dem Inkrafttreten des Passgesetzes² ein Rückgang von monatlich über 20 000 Republikfluchten auf unter 15 000 und im Dezember 1958 – offensichtlich beeinflusst durch die sowjetischen Berlin-Vorschläge³ – ein Rückgang auf 8 930 erfolgte. Die Zahlen für Dezember 1958 sind der niedrigste Stand der Republikflucht nach Beginn der statistischen Erfassung durch die HVDVP im Jahre 1953.

Im Januar 1959 zeigt sich allerdings mit 11 602 Republikfluchten bereits wieder ein erhebliches Ansteigen gegenüber dem Vormonat. Durch die Auswirkung des Passgesetzes haben sich auch wesentliche Veränderungen dahingehend ergeben, dass die illegale Abwanderung fast ausschließlich ohne PM 12a⁴ und über Westberlin erfolgte. Wurden vor Anwendung des Passgesetzes ca. 60 % mit PM 12a direkt nach Westdeutschland republikflüchtig, erfolgt jetzt das illegale Verlassen der DDR fast ausnahmslos über Westberlin und nur zu 8,5 % unter Ausnutzung von PM 12a.

Die bezirksweise Aufgliederung der Republikfluchten – Abschnitt II – beweist, dass die Bezirke Berlin, Potsdam und Rostock über dem DDR-Durchschnitt liegen und damit rein zahlenmäßig als Schwerpunkte gelten, denen dann mit geringem Unterschied die Bezirke Schwerin, Neubrandenburg, Magdeburg, Halle und Erfurt folgen.

Den geringsten Anteil an der Republikflucht 1958 – bezogen auf die Bevölkerungszahl des Bezirkes – haben die Bezirke Suhl, Karl-Marx-Stadt und Dresden.

In der Entwicklung der Republikflucht im Jahre 1958 zeigt sich gegenüber den Vorjahren eine beachtenswerte Veränderung.

Zahlen- und anteilmäßig ist 1958 die Republikflucht der zur Intelligenz gerechneten Berufsgruppen (davon besonders Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Techniker) einschließlich Lehrer und Oberschüler erheblich angestiegen.

Unter Berücksichtigung der anfangs gegebenen Einschätzung, dass 1958 die Republikflucht im Allgemeinen zurückgegangen ist, muss die zahlenmäßige Zunahme der illegalen Abwanderung dieser Personenkreise um oft das Mehrfache als besonders schwerwiegend angesehen werden, zumal unter Berücksichtigung dieser Situation die prozentuale Steigerung die wirkliche Lage nicht richtig wiedergibt.

Als für die DDR besonders bemerkbarer Schwerpunkt hat sich 1958 die Republikflucht von Ärzten, Lehrern und Ingenieuren herausgestellt. Weiterhin ist als Schwerpunkt die illegale Abwanderung von Wissenschaftlern und Oberschülern einzuschätzen.

1957 wurden insgesamt 425 Ärzte republikflüchtig; 1958 hat sich diese Zahl auf 1 269 erhöht. Dies entspricht einer Steigerung auf 298 %.

Im Jahre 1957 verließen 1 796 Lehrer die DDR. 1958 waren es 2 611 Lehrer, die illegal nach Westberlin und Westdeutschland gingen = Steigerung auf 145 %.

1957 wurden 683 Ingenieure republikflüchtig, 1958 dagegen 1 324. Das bedeutet eine Steigerung auf 193 %.

Wissenschaftler wurden 1957 insgesamt 58 republikflüchtig, 1958 waren es 235. Dies entspricht einer Zunahme auf 405 %.

Prozentual am stärksten ist die Zunahme der Republikflucht bei Oberschülern. 1957 verließen 246 Oberschüler illegal die DDR, 1958 waren es 3 107, was einer prozentualen Steigerung auf 1 263 % gleichkommt.

Trotz dieser Entwicklung ist den Materialien der Bezirke zu entnehmen, dass kaum noch eine gründliche Aufklärung und Analysierung der Fluchtgründe erfolgt, was natürlich andererseits auch kaum dazu beitragen kann, entsprechende Gegenmaßnahmen auf diesem Gebiet einzuleiten. Ähnlich muss die Situation in der Tätigkeit anderer staatlicher Organe gegen die Republikflucht eingeschätzt werden.

II. Statistische Übersicht (nach Angaben der HVDVP)

Im Jahre 1958 wurden insgesamt 193 714 Personen republikflüchtig. Dementsprechend haben im DDR-Maßstab 1958 auf je 1 000 Einwohner ca. elf Personen illegal die DDR verlassen.

Nach den einzelnen Monaten ergibt sich im Vergleich zu den Vorjahren folgende Übersicht:

[Monat]	1956	1957	1958
---------	------	------	------

Januar	24 682	20 986	22 296
Februar	26 696	18 981	12 678
März	23 803	19 206	11 154
April	27 665	19 245	13 550
Mai	24 323	30 635	11 547
Juni	26 841	33 064	14 090
Juli	22 763	22 949	15 272
August	26 660	27 855	19 409
September	32 826	35 734	24 888
Oktober	33 748	30 703	21 455
November	28 014	26 101	18 445
Dezember	18 007	19 495	8 930
Gesamt	316 028	304 954	193 714

Die illegale Abwanderung in den wichtigsten Berufsgruppen:

1958	Arbeiter	Angestellte	Bauern	LPG	Wissenschaftler	Ingenieure	Techniker	Ärzte	Lehrer
Januar	6 391	3 012	190	110	12	152	26	106	292
Februar	3 756	1 658	124	77	7	83	20	66	124
März	3 367	1 475	134	80	7	64	9	46	105
April	3 593	1 756	148	107	20	88	16	110	231
Mai	3 219	1 611	108	64	10	71	12	83	163
Juni	3 998	1 918	98	95	27	124	12	106	166
Juli	4 126	2 221	129	93	18	101	23	113	165

August	4 930	2 672	122	108	30	130	26	180	416
September	6 637	3 485	147	95	40	158	33	176	465
Oktober	6 278	2 991	134	119	20	163	44	134	251
November	5 723	2 674	90	106	25	124	22	90	168
Dezember	2 576	1 418	68	79	19	66	11	59	65
Gesamt	54 594	26 891	1 492	1 133	235	1 324	254	1 269	2 611

Vergleichszahlen der Vorjahre:

1955/58	Arbeiter	Angestellte	Bauern	LPG	Wissenschaftler	Ingenieure	Techniker	Ärzte	Lehrer
1955	105 410	39 943	2 334	1 836	69	2 028	523	290	2 243
1956	111 831	49 777	3 345	1 676	57	1 627	383	501	1 994
1957	129 275	41 609	2 313	2 038	58	683	263	425	1 796
1958	54 594	26 891	1 492	1 133	235	1 324	254	1 269	2 611
Gesamt	401 110	158 220	9 484	6 683	419	5 662	1 423	2 485	8 644

Wie die vorgenannten Vergleichszahlen beweisen, ist lediglich bei den Arbeitern ein weit über den Durchschnitt liegender Rückgang in der Republikflucht eingetreten. Während sie allgemein 1958 gegenüber 1957 um 36,5 % zurückging, beträgt der Rückgang bei den Arbeitern 58 %. In der altermäßigen Zusammensetzung liegt der Hauptanteil – wie in den Vorjahren – bei der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren. Beachtenswert ist ferner, dass im Verhältnis zur Gesamtzahl der illegalen Abwanderungen mehr Frauen als Männer die DDR verlassen. Während die Zahl der republikflüchtigen Männer 71 138 beträgt, waren es 87 053 Frauen = (ca. 45 % zur Gesamtzahl). Bei Kindern waren es 35 523.

In den *einzelnen Bezirken* der DDR kommt auf je 1 000 Einwohner die aus nachstehender Tabelle ersichtliche Anzahl von Republikflüchtigen:

[Bezirk]	republikflüchtig insgesamt	R-flucht pro 1 000 Einwohner
Groß-Berlin	23 549	20
Potsdam	23 510	19
Rostock	11 142	12

Schwerin	7 511 (DDR-Durchschnitt)	11
Neubrandenburg	7 380	10
Magdeburg	14 830	10
Halle	21 321	10
Erfurt	13 359	10
Gera	6 768	9
Leipzig	14 580	9
Frankfurt	10 634	8
Cottbus	7 101	8
Dresden	15 035	7
Karl-Marx-Stadt	14 066	6
Suhl	2 929	5

III. Ursachen der Republikflucht

Die bisherige Aufklärung der Ursachen für die Republikflucht lässt keine umfassende und konkrete Einschätzung zu.

In den häufigsten Fällen werden als Ursache für die Republikflucht persönliche oder private Gründe angeführt, die noch dahingehend ergänzt werden, dass »politische Motive« keinen Einfluss darauf ausgeübt hätten.

Eine nähere Untersuchung der angegebenen Gründe zeigt jedoch, dass sie nur bedingt den wirklichen Ursachen der illegalen Abwanderung entsprechen, da sie häufig nur den äußeren oder letzten Anlass bilden oder als Vorwand benutzt werden.

Im Jahre 1958 ist dagegen offensichtlich geworden, dass die sogenannten »materiellen Gründe« als Ursache für die Republikflucht gegenüber den Vorjahren erheblich zurückgegangen sind.

Wesentlich stärker und offensichtlich zunehmender tritt dagegen in Erscheinung, dass für die Republikflucht politisch-ideologische Unklarheiten und mangelndes sozialistisches Bewusstsein als Ursache bestimmend sind, während dagegen die »persönlichen oder materiellen Gründe« nur noch als äußerer Vorwand oder Anlass dienen.

Daraus resultiert auch mit die unterschiedliche Entwicklung in der Republikflucht der Intelligenz gegenüber den Arbeitern und Bauern, bei denen bekanntlich die Republikflucht erheblich zurückgegangen ist.

In den Kreisen der Intelligenz zeigen sich noch weitaus stärker derartig bürgerliche Auffassungen und kirchliche Bindungen, die als maßgebliche Ursachen zur Republikflucht dieser Personenkreise führen.

Besonders deutlich wurde dies im Jahre 1958 im Volksbildungswesen der DDR, wo die sozialistische Umgestaltung bei einer Reihe von Professoren, Dozenten, Assistenten und Lehrern dazu führte, dass sie im Zusammenhang mit den damit verbundenen Veränderungen republikflüchtig wurden.

Diese »politischen Gründe«, die fast ausschließlich nur politisch-ideologische Unklarheiten sind, können jedoch keineswegs mit den vom Westen propagierten »politischen Fluchtgründen« gleichgesetzt werden.

Bei fast allen Republikflüchtigen bestand aufgrund ihrer politischen Einstellung kein Grund zur »Flucht«, da für sie dadurch keine persönlichen oder fachlichen Nachteile entstanden.

Trotz der 1958 geführten psychologischen Kampagne zur Unterstützung der Republikflucht, die ihren Höhepunkt mit der provokatorischen Bundestagsitzung im September 1958 in Westberlin erreichte,⁵ müssen die westdeutschen Dienststellen und Publikationsorgane eingestehen, dass wirkliche »politische Fluchtgründe« nur in geringem Umfange anzutreffen sind.

Um jedoch die psychologische Kriegsführung wirkungsvoll weiterführen und die Zahl der Republikflüchtigen möglichst aufrechterhalten zu können, wurden deshalb auf der genannten Bundestagssitzung eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die eine Aufnahme und Anerkennung als »politischer Flüchtling« erleichtern sollen.⁶

Diese Einschätzung der Fluchtgründe geht auch aus den Stellungnahmen einzelner führender Funktionäre der CDU und SPD hervor.

Zum Beispiel vertraten *Lemmer*⁷ und *Wehner*⁸ in einem Gespräch über die Ursachen der Republikflucht die Ansicht, dass der weitaus größte Teil der Republikflüchtigen in der DDR nicht unter »Gewissendruck« steht, sondern »Panikstimmung« und »materielle Motive« als Gründe für die illegale Abwanderung anzusehen seien.

Unter »Panikstimmung« verstehen sie dabei die durch ihre psychologische Tätigkeit hervorgerufene Einstellung zum Passgesetz und den Reisebeschränkungen.

Der Westberliner Bürgermeister *Kressmann*⁹ erklärte im Februar 1959, »dass nur 10 % aller Flüchtlinge wirkliche »politische Flüchtlinge« seien«.

Nach einer Umfrage des »Infratest-Instituts« München/Hamburg¹⁰ erklärte der Vertreter dieses Instituts, *Ernst*,¹¹ dass nur in verhältnismäßig wenig Fällen »politische Gründe« für die Republikflucht vorlagen, dagegen die große Mehrzahl der Gründe als »leibnah« zu bezeichnen war.

Auf die Organisation der Republikflucht durch die verschiedenartigsten Dienststellen, Organisationen, Konzerne usw. wird in diesem Bericht nicht näher eingegangen. Ausführliche Materialien liegen dazu in dem Bericht »Über die Organisation der Republikflucht als wesentlicher Bestandteil der aggressiven NATO-Politik« vom 22.10.1958 vor (Nr. 134/58).¹²

Eine Reihe von Republikflüchtigen sind aber auch auf Überspitzungen und bürokratische Maßnahmen staatlicher Organe zurückzuführen.

Dies trifft besonders auf Erteilung von Genehmigungen zur Übersiedlung nach Westdeutschland und Westberlin sowie auf die Erteilung von PM 12a und Aufenthaltsgenehmigungen zu.

Zum Beispiel verließ die Kindergärtnerin [Vorname Name 1] aus Bad Düben, [Bezirk] Leipzig, illegal die DDR. Brieflich teilte sie der Volkspolizei mit, dass sie die DDR nicht verlassen hätte, wenn ihrem Verlobten, der nach Abschluss des Studiums in die DDR kommen wollte, wenigstens einmal im Jahr die Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden wäre.

Die [Vorname Name 2] aus Berlin-Adlershof stellte drei Anträge auf legalen Verzug zu ihrem Ehemann nach Westberlin, der dort seinen kranken und nicht mehr zum Umzug zu bewegendem Vater pflegt. Sämtliche Anträge wurden vom Rat des Stadtbezirks abgelehnt, woraufhin sie Ende November 1958 republikflüchtig wurde.

Ähnliche Erscheinungen zeigen sich besonders bei alleinstehenden älteren Personen – vorwiegend Rentner im hohen Alter – die zu ihren Kindern oder näheren Verwandten in Westberlin oder Westdeutschland ziehen wollen.

Wie aus weiteren Informationen bekannt wurde, wird in Westberlin im Zusammenhang mit der Berlin-Frage mit einem erneuten Ansteigen der Republikflucht gerechnet.

Der Präsident des Westberliner Landesarbeitsamtes, *Potratz*,¹³ äußerte dazu, dass z. B. eine verstärkte Republikflucht von Akademikern erwartet wird, die eine Schließung der Grenzen befürchten würden.

Offensichtlich muss damit gerechnet werden, dass in dieser Richtung erneut bestimmte Gerüchte lanciert werden, um die Republikflucht von Kreisen der Intelligenz erneut zu verstärken.

Ursachen der Republikflucht bei Ärzten

In der Mehrzahl wird die Republikflucht bei Ärzten auf persönlich-individuelle Ursachen zurückgeführt.

Eine nähere Betrachtung dieser »Gründe« lässt aber erkennen, dass sie zwar als äußerer Anlass und oftmals auch als letzter Anstoß für die Republikflucht dienen, die wirklichen Ursachen aber zunehmend in der politischen Haltung zu suchen sind und dagegen die persönlich-materiellen Gründe zurückgehen.

Diese ist daraus ersichtlich, dass eine Reihe von ihnen angeführter persönlicher Gründe in Wirklichkeit gar nicht existieren oder durch entsprechende Beschlüsse der Partei und Regierung beseitigt wurde und äußert sich auch in solchen Stellungnahmen,

- dass sie sich nicht offen politisch zur DDR bekennen können,
- dass sie sich durch ihre weitere Tätigkeit in den Krankenhäusern und Polikliniken¹⁴ der DDR und die an sie gerichteten Forderungen »politisch exponieren« müssten,
- dass sie ihre »freie Betätigung« durch die Schließung der Privatpraxen mit einer Tätigkeit als Gehaltsempfänger unter politischer Kontrolle vertauschen müssten,
- dass ihre religiösen Bindungen sie an einem weiteren Verbleib in der DDR hindern würden,
- dass sie in der DDR »unfrei« wären u. a.

Dabei ist oftmals erkenntlich, dass es nicht eine direkte feindliche Einstellung zur DDR ist, die zur Republikflucht führt, sondern zum überwiegenden Teil eine politisch schwankende Haltung und vor allem ein ungenügendes Vertrauen zur Entwicklung in der DDR.

Diese Haltung ist offensichtlich auch entscheidend dafür, dass nach Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros über Fragen des Gesundheitswesens am 18.9.1958¹⁵ die Republikflüchtigen von Ärzten zwar zurückgegangen sind, aber mit 134 im Oktober, 90 im November, 59 im Dezember und 85 im Januar 1959 noch wesentlich über den Zahlen der genannten Monate des Vorjahres liegen und trotz gewisser Anzeichen noch keine absolute Änderung erkennen lassen.

Nach Veröffentlichung des Kommuniqués verließen allein in den letzten drei Monaten des Vorjahres (Oktober bis Dezember) noch 283 Ärzte die DDR, das sind 22,3 % der im Verlauf des Jahres republikflüchtig gewordenen Ärzte.

In den bekannt gewordenen Gründen und Ursachen für die Republikfluchten in den Monaten Oktober bis Dezember 1958 sind neben den bereits genannten auch noch häufig solche anzutreffen, dass kein Vertrauen zu einer richtigen Durchführung der Beschlüsse bestehen würde, eine zu große Arbeitsüberlastung, ungenügende Weiterbildungsmöglichkeit und mangelnde Unterstützung mit brauchbaren Medikamenten und Instrumenten herrsche.

Als äußerer Anlass der Republikflucht von Ärzten im vergangenen Jahr war häufig die Ablehnung eines Studienplatzes für ihre Kinder festzustellen.

Diese Erscheinung, die auch in den anderen Kreisen der Intelligenz auftrat, ging sogar soweit, dass selbst die Ablehnung einer bestimmten Studienrichtung oder die Forderung nach Ableistung eines praktischen Jahres als unannehmbar bezeichnet und als Anlass für die Republikflucht angegeben wurden.

Zum Beispiel verließ der praktische Arzt Dr. [Name 3, Vorname] aus Döbeln, [Bezirk] Leipzig, die DDR, da sein Sohn nicht zum Studium zugelassen wurde.

Dr. [Name 4, Vorname] aus Königs Wusterhausen, Bahnhofstraße schrieb zu seiner Republikflucht, »dass er in der DDR keine Entwicklung für seinen Sohn gesehen hätte und dass durch die Note der Sowjetunion für ihn die Gefahr eintreten würde, dass er bei einer vollkommenen Spaltung seine Verwandten in Westberlin und Westdeutschland nicht mehr besuchen könne«.

Bei einem anderen, ebenfalls umfangreichen Kreis von Ärzten war das Passgesetz die angebliche Ursache zur Republikflucht.

So verließen der Chirurg Dr. [Vorname Name 5] und seine Frau (Ärztin in der Poliklinik) aus Aschersleben, [Bezirk] Halle, die DDR, weil sie mit dem Passgesetz nicht einverstanden waren. Aus Westdeutschland teilten sie mit, dass sie nach Aufhebung des Passgesetzes bereit wären, wieder in die DDR zurückzukehren.

Neben religiösen Bindungen muss auch eine gewisse Arbeitsüberlastung als Anlass der Republikflucht von Ärzten erwähnt werden.

Prof. *Noack*,¹⁶ Leiter der Frauenabteilung der Medizinischen Akademie Magdeburg, hatte starke kirchliche Bindungen und war bestrebt, den Gottesdienst und die Betreuung der Kranken durch Pfarrer in der Medizinischen Akademie zu erreichen. (Der Vater des Prof. *Noack* ist Pfarrer).

Der selbstständige Zahnarzt Dr. [Vorname Name 6] aus Wittenberg, [Bezirk] Halle, war ebenfalls stark kirchlich gebunden. Im letzten Jahr wurden ihm fünf Anträge auf PM 12a abgelehnt, weil seine Tochter illegal die DDR verließ.

Über großen Ärztemangel wird besonders aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt berichtet. Es kommt in diesem Zusammenhang bereits häufig zu negativen Diskussionen und die Situation kann zu weiteren Republikfluchten beitragen.

So äußerte der Chefarzt des Krankenhauses Meerane, Dr. *Lutter*:¹⁷ »Ich war jetzt 15 Wochen lang jeden Sonntag im Einsatz. Wenn dieser Zustand in Westdeutschland zu verzeichnen wäre, würde bei uns in der Presse allerhand zu lesen sein. Wir sind mehr ausgebeutet als die Ärzte in den kapitalistischen Ländern.«

In diesem Krankenhaus gibt es nur noch drei Fachärzte. Für die Kreiskinderfachabteilung musste ein Pflichtassistent im 2. Dienstjahr eingesetzt werden, um die Betreuung überhaupt aufrecht zu erhalten.

Eine der wesentlichsten Ursachen in diesen Kreisen ist jedoch die organisierte Abwerbung durch eine Vielzahl persönlich-fachlicher Verbindungen nach Westdeutschland, insbesondere zu Ärztekreisen.

Das geht daraus hervor, dass der größte Teil der abgeworbenen Ärzte sofort zu einem bestimmten Zielort in Westdeutschland fährt und unmittelbar nach seinem Übertritt auch in entsprechenden Stellungen tätig ist, obwohl vielen westdeutschen Ärzten diese Möglichkeiten verweigert werden.

Wie aus einem Bericht des »Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte« von 1958¹⁸ ersichtlich ist, sind auch umfangreiche staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der organisierten Republikflucht von Ärzten eingeleitet worden.

Es wird dort u. a. erklärt:

»Bei der Eingliederung der freien Berufe sind die anfänglichen Schwierigkeiten im Wesentlichen überwunden.

Die Berufsorganisationen und die für die Entscheidung zuständigen Zulassungsstellen sind bestrebt, den noch nicht eingegliederten, vertriebenen oder geflüchteten Ärzten, Zahnärzten und Dentisten die Zulassung zur Kassenpraxis zu ermöglichen.«

Als eine noch relativ weit verbreitete Methode der Abwerbung muss auch die angesprochen werden, Ärzte auf Kongressen und Tagungen in Westdeutschland zum Verlassen der DDR aufzufordern. Häufig werden dabei bereits bestehende persönlich-fachliche Bindungen ausgenutzt, um durch Versprechungen und günstige Angebote die Zusage zur Republikflucht zu erhalten.

In den meisten Fällen bleiben jedoch die konkreten Umstände dieser Abwerbung unbekannt oder darauf beschränkt, dass er kurze Zeit vor seiner Republikflucht an einem Ärztekongress in Westdeutschland teilgenommen hat.

In geringerem Umfang ist die Republikflucht von Ärzten auch auf die Veröffentlichung von günstigen Stellenangeboten in westlichen Fachzeitschriften zurückzuführen.

In der offensichtlich auch in der DDR zur Verteilung gelangenden »Ärztlichen Fachzeitschrift«¹⁹ waren z. B. folgende günstige Angebote enthalten:

Amerikanische Dienststellen suchten Ärzte für Afrika und andere südliche Länder. Für den vorgesehenen Einsatz als medizinischer Berater in größeren Hospitälern²⁰ sollte neben einem festen Monatsgehalt ein Betrag von 20 000 WM jährlich auf Konto gezahlt werden.

Französische Dienststellen versprachen für eine derartige Tätigkeit neben einem festen Monatsgehalt 30 000 WM jährlich.

Ursachen der Republikflucht bei Lehrern

Eine der Hauptursachen der illegalen Abwanderung von Lehrern besteht in der Ablehnung der sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens, mit dem Hinweis oder der Begründung, dass sich die Schule nur der Bildungs- und Erziehungsarbeit im »allgemeinen Sinne« widmen sollte und die sozialistische Erziehung »mit ihrem Gewissen nicht zu vereinbaren wäre«.

Diese Einstellung in diesen Kreisen ist wesentlich auf starke konfessionelle Bindungen und andere feindliche Einflüsse und Verbindungen zu reaktionären Kräften zurückzuführen.

Die Bedeutung des konfessionellen Einflusses zeigt eine Analyse im Bezirk Rostock, wo bei 40 von insgesamt 56 republikflüchtig gewordenen Lehrern (Juni bis August 1958) die Ursachen der illegalen Abwanderung darauf zurückgeführt wurden, dass die betreffenden Lehrer aufgrund ihrer kirchlichen Bindung und Einstellung die sozialistische Umgestaltung des Schulwesens ablehnten bzw. dazu in Widerspruch gerieten und deshalb die DDR verließen. Dazu liegen eine Vielzahl von Beispielen vor, wobei jedoch teilweise ersichtlich ist, dass auch Unklarheiten über das Wesen der sozialistischen Erziehung zu derartigen Auffassungen und Entschlüssen geführt haben. Von einer Reihe republikflüchtig gewordener Lehrer wurde dagegen die sozialistische Erziehung kategorisch abgelehnt.

In diesem Zusammenhang sind auch eine Reihe von organisatorischen Mängeln und administrativen Maßnahmen zu sehen, die bestehende Unklarheiten über den Inhalt der sozialistischen Umgestaltung im Schulwesen verstärkten und ohne Zweifel zur Republikflucht von Lehrern beitrugen.

Am deutlichsten kommt dies in administrativen Versetzungen, unsachgemäßen Aussprachen und überspitzten Forderungen zum Ausdruck. Zum Beispiel wurde im Kreis Stralsund, [Bezirk] Rostock, während der Sommerferien 1958 der größte Teil der Lehrer versetzt, obwohl dazu keine begründete Veranlassung bestand.

Diese administrative Maßnahme führte im Gegenteil dazu, dass verschiedene Schulen eine völlig ungenügende Besetzung mit Fachlehrern aufwiesen, während an anderen Schulen derartige Lehrkräfte überflüssig waren.

Unter den Lehrern der genannten Kreise führte diese Maßnahme zu großer Unruhe und Unsicherheit und ist bei einer Reihe der in dieser Zeit republikflüchtig gewordenen Lehrer vermutlich auch als der äußere Anlass zur illegalen Abwanderung zu betrachten.

In verschiedenen Kreisen des Bezirkes Rostock wurden für die 8. Klassen nur Genossen als Klassenlehrer eingesetzt und die anderen Lehrer abgelöst. Diese Maßnahme wurde damit begründet, dass nur Genossen in der Lage wären, in den 8. Klassen der Jugendweihe zum Durchbruch zu verhelfen.²¹

In den Sitzungen des Pädagogischen Rates²² im Bezirk Frankfurt/O. wurde die Zugehörigkeit zur Kirche behandelt, wobei das Prinzip der Überzeugung verletzt und von den Lehrern indirekt der Kirchenaustritt gefordert wurde.

Durch diese Maßnahme wurden einige Lehrer zur Republikflucht veranlasst.

Eine wesentliche Ursache für die Republikflucht von Lehrern ist die Abwerbung, wobei besonders republikflüchtige Lehrer als Organisatoren in Erscheinung treten.

Durch die vielseitigen persönlich-fachlichen Verbindungen der Lehrer untereinander bieten sich in dieser Hinsicht große Möglichkeiten, die offensichtlich auch in großem Umfang ausgenutzt werden. Das ist besonders mit daraus ersichtlich, dass häufig nach der Republikflucht eines Lehrers von einer Schule in kurzer Zeit weitere Abwanderungen folgen, wobei oftmals ein Briefwechsel dem vorausgegangen ist.

Teilweise gehen dabei die feindlichen Kräfte sehr offen vor, wie dies das nachfolgende Beispiel beweist:

Der Oberschullehrer [Name 7] aus Neustadt (Dosse), [Bezirk] Potsdam, schrieb aus Westberlin an das Lehrerkollegium, »dass er wirklich nicht mehr in der Lage gewesen wäre, die »politische Belastung«, die in der DDR von den Lehrern gefordert wurde, auszuhalten«.

In seinem Brief fordert er die Lehrer auf, ebenfalls nach Westberlin zu kommen; er hoffe in nächster Zeit »mehrere seiner ehemaligen Kollegen in Westberlin begrüßen zu können«.

Begünstigt werden die verschiedensten Abwerbungsversuche durch eine Reihe von Rundfunk- und Presseveröffentlichungen, wonach in Westdeutschland großer Bedarf an Lehrern besteht. Nach einer Mitteilung des Sozialdemokratischen Pressedienstes fehlen an den Grund- und Oberschulen Westdeutschlands 7 000 Lehrer.

Neben den bereits angeführten Ursachen traten aber auch häufig solche in Erscheinung wie Familienzusammenführung, Ehezerwürfnis, Arbeitsüberlastung, Angst vor Bestrafung, Wohnungsschwierigkeiten usw.

Einschätzend muss jedoch gesagt werden, dass in der Vergangenheit der Republikflucht von Lehrern nicht genügend Beachtung beigemessen wurde, was sich u. a. darin ausdrückt, dass völlig ungenügend die Ursachen aufgeklärt wurden.

Ursachen der Republikflucht bei Angehörigen der technischen Intelligenz

Im Jahre 1958 wurden 1 324 Ingenieure und 254 Techniker republikflüchtig.

Diese Zahl der Republikflüchtigen entspricht etwa zwei bis drei Jahresabgängen der Hochschule für Maschinenbau und der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau in Karl-Marx-Stadt, die damit praktisch in einem Jahr republikflüchtig geworden sind.

Anschaulich gesehen bedeutet dies auch, dass 1958 die in diesem Jahr fertig ausgebildeten Kräfte von zusammen fünf bis sechs Hoch- und Fachschulen der vorgenannten Fachrichtungen republikflüchtig geworden sind.

Auf der Grundlage der Informationen der Bezirke lässt sich keine konkrete Einschätzung geben, welches die Ursachen für die verstärkte Republikflucht in diesen Personenkreisen sind.

Soweit überhaupt eine Aufklärung der Gründe für die Republikflucht erfolgte, wurden »persönliche Motive« als Hauptursache für den illegalen Weggang von Angehörigen der technischen Intelligenz angegeben.

Dabei reicht die Skala dieser »Gründe« von Nichtzusagen der Arbeitsstelle, Unzufriedenheit in seiner Arbeit, Meinungsverschiedenheiten im Betrieb, nervlicher und gesundheitlicher Überlastung bis zu Ehezerwürfnis und Erbschaft in Westdeutschland.

In Einzelfällen werden als Ursachen auch solche Motive angeführt: Nichteinverständnis mit dem Passgesetz, Bespitzelung und Bedrohung, Ablehnung der politischen Entwicklung in der DDR u. a.

Die vorgenannten Gründe und Ursachen sind jedoch keinesfalls als real einzuschätzen, da sie vorwiegend nur dementsprechende Äußerungen der Republikflüchtigen zur Begründung ihres Wegganges zur Grundlage haben.

Als Hauptgrund für die illegale Abwanderung dieser Personenkreise muss vielmehr Abwerbung durch persönlich-fachliche Verbindungen angesehen werden, da sie in der Regel eine gut gesicherte Existenz und gute Entwicklungsmöglichkeiten verlassen, sich in Westdeutschland sofort in bestimmte Zielorte begeben und dann auch relativ schnell in entsprechenden Stellungen tätig sind.

Dabei wird offenkundig, dass die westdeutschen Orte und oftmals sogar die Firmen mit denen identisch sind, die aus den vorangegangenen persönlich-fachlichen Verbindungen stammen.

Eine Reihe von Republikflüchtigen dieser Personenkreise ist weiterhin darauf zurückzuführen, dass sie bei der Teilnahme an Fachtagungen und Kongressen in Westdeutschland aufgefordert werden, die DDR illegal zu verlassen. Obwohl 1958 nur in Einzelfällen dafür die Beweise erbracht werden konnten, muss diese Methode doch als sehr wirksam eingeschätzt werden, da in weitaus größerer Zahl Ingenieure und Techniker kurze Zeit nach dem Besuch derartiger Veranstaltungen in Westdeutschland die DDR verließen.

In diesem Zusammenhang wird auf den Bericht über die organisierte Republikflucht verwiesen, der eine Vielzahl von Beispielen der Abwerbung enthält.²³

Ursachen der Republikflucht von Oberschülern:

Die erhebliche Zunahme der Republikflucht von Oberschülern im Jahre 1958 ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass mit Durchsetzung sozialistischer Prinzipien bei der Auswahl von Studienbewerbern eine große Anzahl von Oberschülern zum Studium abgelehnt oder für die Ableistung des »praktischen Jahres« in der Produktion vorgeschlagen wurden.

Da aber ihre gesamte Erziehung bisher darauf gerichtet war, mit dem Abschluss der Oberschule auch den Freibrief für die Aufnahme des Studiums zu erhalten, führten die o. g. Veränderungen zu der verstärkten Republikflucht der davon betroffenen Oberschüler.

In weitaus geringerer Anzahl wurden auch solche Gründe bekannt, dass Oberschüler ihren bereits republikflüchtig gewordenen Eltern folgten, mit diesen gemeinsam die DDR verließen – vorwiegend in Kreisen der Intelligenz – oder durch die Aufnahme des Studiums in Westdeutschland und Westberlin den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht zu umgehen versuchen.²⁴ Von letzteren Personen wird dabei vereinzelt zum Ausdruck gebracht, dass sie nach Abschluss ihres Studiums wieder in die DDR zurückkehren wollen.

IV. Zahlenmäßige Übersicht über Rückkehrer und Erstzuziehende

Im Jahre 1958 kamen 54 600 Personen in die DDR, davon 42 203 Rückkehrer und 12 397 Erstzuziehende.

Im Vergleich zu den Vorjahren und der Republikflucht ergibt sich folgendes Verhältnis:

[Jahr]	R-fluchten	Rückkehrer	Erstzuziehende	Insgesamt	prozentuales Verhältnis d. Rückkehrer u. Erstzuziehenden zur Gesamtheit der R-flucht
1955	270 115	41 837	30 991	72 828	26,9 %
1956	316 028	48 625	24 306	72 931	23,0 %
1957	304 954	58 247	19 680	77 927	25,5 %
1958	193 714	42 203	12 397	54 600	28,1 %
Gesamt	1 084 811	190 912	87 374	278 286	25,6 %

Bei den in der Republikflucht als Schwerpunkt anzusehenden Personenkreisen ist 1958 folgende Entwicklung:

[Jahr]	Wissensch.	Ingenieure	Ärzte	Lehrer
--------	------------	------------	-------	--------

Rückkehrer	2	65	24	81
Erstzuziehende	8	36	16	12
Gesamt	10	101	40	93

Altersmäßig liegt der Hauptanteil bei den Rückkehrern und Erstzuziehenden wie bei den Republikflüchtigen in den Altersgruppen von 18 bis 25 Jahren.

¹
Vollständig: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

²
Das Passgesetz der DDR vom 15.9.1954 regelte die Pass- und Visumpflicht für das Betreten und Verlassen des Gebietes der DDR. Paragraph 8 des Gesetzes schrieb das Verlassen oder Betreten der DDR »aus dem Ausland« ohne Genehmigung als Straftatbestand fest. In der Änderung des Gesetzes vom 11.12.1957 wurde der Passus »aus dem Ausland« gestrichen. Damit wurde auch das Verlassen der DDR in Richtung Bundesrepublik ohne Genehmigung zur Straftat, die alternativ mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden konnte. Diese Verschärfung steigerte den Unmut besonders jener DDR-Bürger, die Verwandtschaft im Westen hatten. Passgesetz der Deutschen Demokratischen Republik, Gesetz vom 11.12.1957. In: GBl. I 1957, S. 650; vgl. Bispinck, Henrik: »Republikflucht«. Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung. In: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael; Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. München 2003, S. 285–309, bes. S. 295.

³
Am 27.11.1958 übergab das sowjetische Außenministerium den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich eine Note, in der die Sowjetunion ankündigte, der DDR die volle Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin zu übertragen, sollte es nicht innerhalb eines halben Jahres zu einer vertraglichen Vereinbarung der alliierten Mächte kommen, die Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt garantierte. Auch der im Januar 1959 durch die Sowjetunion vorgelegte Entwurf eines Friedensvertrages enthielt in Artikel 25 den Passus, Westberlin einen solchen Status zu geben.

⁴
Pass- und Meldebescheinigung 12a. Ersatzbescheinigung für den Personalausweis. Die PM 12a mussten Bürger der DDR nach Abschaffung des Interzonenpasses im November 1953 für Reisen in den Westen beantragen. Bei Aushändigung der Bescheinigung war der Personalausweis beim Volkspolizeikreisamt zu hinterlegen.

⁵
Zwischen 1955 und 1958 tagte der Bundestag insgesamt vier Mal in Westberlin. Der Bundestag kam im Jahr 1958 zu seiner 41. bis 43. Sitzung im Großen Hörsaal der Technischen Universität vom 1. bis 3.10. zusammen.

⁶
Vermutlich ist an dieser Stelle kein Bundestagsbeschluss, sondern eine Entschließung des Bundestages gemeint. Sie wurde am 1.10.1959 einstimmig angenommen, nachdem im Bundestag über eine Große Anfrage aller im Parlament vertretenen Fraktionen betreffend »Flüchtlingsfragen und Zonenverhältnisse« debattiert worden war. Vgl. Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 41. Sitzung, Stenographischer Bericht, online abrufbar unter: www.bundestag.de/services/opendata (letzter Abruf: 25.10.2021).

⁷
Ernst Lemmer, Jg. 1898, CDU-Politiker, bis Dezember 1947 2. Vorsitzender der Ost-CDU, dann von der Sowjetischen Militäradministration seines Amtes enthoben und Flucht in den Westen, 1950–56 stellv. Berliner Landesvorsitzender, später Bundespostminister (1956/57) und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (1957–62).

⁸
Herbert Wehner, Jg. 1906, Politiker, KPD (bis 1942), SPD (ab 1946), 1949–66 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 1964–66 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–83 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

⁹
Willy Kressmann, Jg. 1907, SPD-Politiker, 1949–62 Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg.

¹⁰
Das Infratest-Institut wurde 1947 als »Institut zur Erforschung der Wirkung publizistischer Mittel« an der Universität München gegründet und 1949 in »Infratest« umbenannt.

11

Wolfgang Ernst, Jg. 1922, Meinungsforscher und Unternehmer, nach Studium gründete Ernst mit seiner späteren Frau Lena-Renate Ernst (Wissenschaftlerin, Mitgesellschafterin und Mitgeschäftsführerin) 1947 das Meinungsforschungsinstitut »Infratest«, 1955 Gründung der Infratest Marktforschung und Sozialforschung KG, München, ab 1957 Beginn der systematischen Fernsehforschung.

12

Vgl. Bericht Nr. 134/58 über die Organisation der Republikflucht als wesentlicher Bestandteil der aggressiven NATO-Politik v. 22.10.1958; BArch, MfS, ZAIG 72, Bl. 16–61.

13

Hans Potratz, Jg. 1904, Jurist, 1954/55 Vorsitzender einer Kammer für Arbeitslosenversicherung am Sozialgericht Berlin, 1955–68 tätig im Landesarbeitsamt Berlin, davon 1957/58 Direktor und 1958–68 Präsident.

14

Polikliniken waren in der DDR ambulante Kliniken, die verschiedene medizinische Fachbereiche unter einem Dach versammelten.

15

Am 16.9.1958 befasste sich das Politbüro des ZK der SED mit der Situation im Gesundheitswesen, insbesondere mit der verstärkten Republikflucht der Ärzte. Als Ergebnis dieser Beratung veröffentlichte das ND am 18.9.1958 ein Kommuniqué des Politbüros, in dem umfassende Verbesserungen für die medizinische Intelligenz angekündigt wurden. Durch den Abbau bürokratischer Hürden bei Beschwerden und Anfragen sowie hinsichtlich der selbstständigen Tätigkeit von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, die Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf diesem Gebiet sollte ein »rechtes Vertrauensverhältnis« zwischen Partei und Ärzteschaft hergestellt werden. Außerdem wurden konkrete Versprechungen wie Reiseerleichterungen für Ärzte in die Bundesrepublik und nach Westberlin, ausreichend Plätze an Oberschulen und Universitäten für Arztkinder, die Sicherung von Ferienplätzen und die Verbesserung der Altersversorgung für niedergelassene Ärzte gemacht. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen und zur weiteren Klärung von »Fragen des Gesundheitswesens und der medizinischen Intelligenz« wurde der Einsatz einer speziellen Kommission angekündigt. (ND v. 18.9.1958, S. 1).

16

Hugdieter Noack, Jg. 1919, Mediziner, 1952–58 Oberarzt an der Universitätsfrauenklinik Leipzig, 1958 Professor mit Lehrauftrag für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Medizinischen Akademie Magdeburg, nach Übersiedlung in die Bundesrepublik ab 1959 tätig am Deutschen Krebsforschungsinstitut Heidelberg, 1960–84 Chefarzt der Frauenklinik des Evangelischen Johannes-Krankenhauses Bielefeld.

17

Im Original: »Luther«. Hanns Lutter, Jg. 1907, Medizinalrat, 1953–73 Ärztlicher Direktor des Krankenhauses Meerane.

18

Gemeint ist möglicherweise: Die Betreuung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Zugewanderten, Evakuierten, Kriegssachgeschädigten, Heimkehrer, Kriegsgefangenen, heimatlosen Ausländer, ausländischen politischen Flüchtlinge, rückgeführten Personen, Auswanderer durch das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. [Bonn] 1959.

19

Eine »Ärztliche Fachzeitschrift« konnte nicht ermittelt werden.

20

Im Original: »Hospitalen«.

21

Die Jugendweihe ist eine freireligiöse oder säkulare Initiationsfeier für Jugendliche, die in der Regel im 14. Lebensjahr stattfindet. Sie geht in ihren Ursprüngen auf das 19. Jahrhundert zurück und wurde bald von der Arbeiterbewegung aufgegriffen. Nach anfänglichem Zögern beschloss das SED-Politbüro im März 1954, die Jugendweihe in der DDR als Alternative zur christlichen Konfirmation und Kommunion einzuführen. Die evangelischen und katholischen Kirchen betonten von Beginn an die Unvereinbarkeit des neuen Ritus mit dem christlichen Glauben, sahen seit den 1970er-Jahren aber von einem Kirchenausschluss bei Teilnahme der Jugendweihe ab. Vgl. Wentker, Hermann: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme. In: Mehringer, Hartmut (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1995, S. 139–165; Anhalt, Markus: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR. Göttingen 2016, S. 15–26.

22

Seit Anfang der 1950er-Jahre nannte sich in der DDR die Lehrerkonferenz »Pädagogischer Rat«.

23

Vgl. Bericht-Nr. 134/58 über die Organisation der Republikflucht als wesentlicher Bestandteil der aggressiven NATO-Politik v. 22.10.1958; BArch, MfS, ZAIG 72, Bl. 16–61.

24

Für alle Studenten in der DDR war das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium ab 1951 verpflichtend. Inhalte waren Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie sowie Dialektischer und Historischer Materialismus, die in Zwischen- und Hauptprüfungen kontrolliert wurden und ebenso wie nicht-bestandene Fachprüfungen zum Ende des Studiums führen konnten.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.